LIBERALE DEMOKRATEN
– die Sozialliberalen –

Bundesparteitag der Liberalen Demokraten am 29. / 30. 04. 1995 in München

Konzepte für eine sozialliberale Arbeits- und Sozialpolitik

A. Arbeitspolitik

I. Vorbemerkungen

Erwerbsarbeit besitzt überragende Bedeutung für die Selbst- und Fremdbewertung von Menschen. Sie verschafft die Grundlage für den Lebensunterhalt des Einzelnen. Arbeit ist Element unserer Kultur. So richten die Menschen ihre individuelle Lebensplanung, ihr Bildungsstreben, ihre Berufswahl, ihre soziale Anerkennung, ihren Aufstieg, ihren Status, ihre Kontakte zu anderen, ihren Beweis eigenen Könnens, ihre Ausprägung von Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die Einteilung von Tag, Woche und Jahr sowie manches andere an bezahlter Arbeit aus.

Zugleich ist Arbeit wesentlicher Faktor der Wertschöpfung in der Volkswirtschaft. Ihr Ertrag kommt daher auch Unternehmer und Staat zugute.

Die Entwicklung unserer Industriegesellschaft vermindert die Gelegenheit zur Erwerbsarbeit:

1.) Die Produktivität steigt ununterbrochen, nicht zuletzt durch den Einsatz neuer Technologien und durch neue Organisationsformen. Das heißt, eine größere Menge an Gütern kann mit immer weniger menschlicher Arbeit hergestellt werden.
2.) Die Ausdehnung der Produktion stößt an Grenzen: Weder ist der Markt unbegrenzt aufnahmefähig, noch können Rohstoffe beliebig verbraucht, noch darf der Umwelt weiter mit Abfall aller Art belastet werden.

Hinzu kommt, dass mehr Menschen als früher den Zugang zur Erwerbsarbeit suchen, nämlich die Angehörigen der „geburtenstarken Jahrgänge“ bis etwa 1966, die sich noch längere Zeit auswirken werden, sowie ein höherer Anteil an Frauen. Außerdem ist Arbeit in hohem Maße ungleich verteilt. Während die einen vielfach Überstunden leisten, sind andere arbeitslos.

Ein Ende der hohen Arbeitslosigkeit, besonders in den neuen Bundesländern, ist nicht abzusehen. Bundesweit müssen Millionen von Menschen unmittelbar oder mittelbar als Familienangehörige mit dem Schicksal der Arbeitslosigkeit fertig werden.

Die sich abzeichnende Änderung der Einstellung zur bezahlten Arbeit und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung sowie die gesteigerte Bedeutung von Haus- und Eigenarbeit, Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt in gemeinnützigen Einrichtungen, Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegediensten sowie Bürgerengagement muss schon bald Folgen haben sowohl für die Frage der Finanzierung des sozialen Netzes als auch für die Aufgabenerfüllung des Staates.

Das sich durch die Arbeitslosigkeit ergebene Unrecht kann von einer Gesellschaft, die von den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ausgeht, nicht geduldet werden. Dies alles begründet die Notwendigkeit einer Arbeitspolitik.

II. Grundsätze und Ansatzpunkte einer Arbeitspolitik

Die ***Liberalen Demokraten*** verstehen die Arbeitspolitik als Bestandteil nicht nur der Wirtschaft, sondern der gesamten gesellschaftlichen Kultur. Bei Formulierung ihrer Arbeitspolitik gehen die ***Liberalen Demokraten*** von folgenden Grundsätzen aus:

1. Ganzheitliches Leben

Eine Beschränkung des Menschen auf seine Arbeitskraft ist inhuman. Jeder muss Gelegenheit erhalten, aus bezahlter wie nicht bezahlter Arbeit, aus Muße und aus Genuss sein individuelles Leben zu gestalten und zwar nicht auf Kosten anderer.

2. Wahlfreiheit

Wer bezahlte Arbeit leisten will, muss Möglichkeiten vorfinden. Dabei muss geleistete Arbeit so entlohnt werden, dass materielle Existenz und der soziale Status angemessen gesichert ist.

Wer Leistung erbringen will, die der Gesellschaft nützlich sind, die aber gegenwärtig nicht entlohnt werden (z. B. Kindererziehung, Altenpflege, Bürgerengagement, Fort- und Weiterbildung, Hausarbeit), darf nicht diskriminiert werden, nicht nur bei der Aufnahme bezahlter Arbeit oder bei der Alterssicherung.

3. Gleichstellungsgebot

Die grundgesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau ist auch im Arbeitsleben sicherzustellen. Dies gilt für die Entlohnung ebenso wie für die Beförderung auf höherwertige Stellen und die Wiedereingliederung nach vorübergehendem Ausscheiden aus einem Arbeitsverhältnis.

4. Aufwertung der Nicht - Erwerbsarbeit

Die aus klassischer Arbeitsethik überkommene Überbewertung bezahlter Erwerbsarbeit ist zu überwinden. Die Erfüllung von Aufgaben zugunsten anderer verdient soziale Anerkennung und begründet Ansprüche auf Lebensunterhalt und soziale Sicherung bei Krankheit, Unfall und im Alter, auch wenn diese Tätigkeiten nicht marktfähig sind und nicht entlohnt werden.

5. Abgabepflicht

Die Neugestaltung des Arbeitslebens und eine veränderte Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine erfordert zwingend, die bisherigen Anknüpfungspunkte im System von Steuern und Abgaben zu überprüfen.

III. Arbeitszeitverkürzung

Der Ausgleich zwischen Angebot von und Nachfrage nach Arbeitsleistungen muss in der Hauptsache durch die Verminderung des Angebots erzielt werden. Denn eine Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitsleistung ist wegen der erreichten Grenzen des Wachstums weder in dem erforderlichen Umfang möglich, noch wünschenswert.
Den Ansatz, das Angebot von Arbeitsleistungen durch Fernhalten oder Ausscheiden von Personengruppen aus dem Arbeitsleben zu vermindern, lehnen die ***Liberalen Demokraten*** ab, da von derartigen Maßnahmen überwiegen Frauen betroffen wären und die Gleichberechtigung von Mann und Frau unterlaufen würde.
Es bleibt daher nur der Weg der Verkürzung der Tages-, Wochen, Jahres- und Lebensarbeitszeit.

1. Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit

Eine Neuverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung ist dringend erforderlich. Dabei muss die Arbeitszeitverkürzung in ihrem Ausmaß hinreichen,

- das Absinken des Bedarfs an Arbeitsleistungen durch den Produktivitätsfortschritt auszugleichen,
- zur Aufnahme der bisher Arbeitslosen in den Arbeitsprozess beizutragen und
- die Integration nachwachsender Generationen in den Arbeitsprozess sicherzustellen.

Aus diesem Grund sollen längerfristig der 6 - Stunden - Tag bzw. die 30 - Stunden - Woche als Eckwert für die Arbeitsorganisation eingeführt werden. Bis dahin haben die Tarifparteien Zeit, den schrittweisen Übergang zum neuen Zustand durch Tarifverträge zu sichern. Kommt es dazu nicht, so soll eine entsprechende Neufassung der Arbeitszeitordnung in Kraft treten.

Können aus arbeitsorganisatorischen Gründen in Ausnahmefällen der 6 - Stunden -Tag bzw. die 30- Stunden -Woche nicht realisiert werden, kann stattdessen auch die Jahresarbeitszeit entsprechend verkürzt werden.

Die Kosten dieser Arbeitszeitverkürzung sind differenziert zu verteilen. Lohn- und Gewinneinbußen sind unumgänglich, ihre Höhe kann jedoch niedrig gehalten werden. Dazu gibt es mindestens die folgenden drei Ansätze:

- Der stetige Fortschritt der Produktivität erlaubt einen teilweisen Ausgleich des Reallohnverlustes. Dabei schafft die Arbeitszeitverkürzung selbst zusätzliche Produktivitätsfortschritte: Die Arbeitsintensität ist in 6 Stunden am Tag höher als bei 8 Stunden.
- Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung ermöglicht die Senkung der Abgabesätze.
- Verbleibende Einkommenseinbußen für alle Beschäftigten sind aus Solidarität mit den sonst Arbeitslosen hinzunehmen.

Überdurchschnittliche Belastungen besonders lohnintensiver Wirtschaftszweige durch die Arbeitszeitverkürzung sollen durch geeignete steuerliche Maßnahmen aufgefangen werden.

Teilzeitarbeit ist besonders zu fördern, da sie einen wirksamen beschäftigungspolitischen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit leisten kann. Benachteiligungen von Teilzeitbeschäftigten sind abzubauen.

2. Jahresarbeitszeit und Jahresurlaub

Durch die flexible Regelung der Urlaubsgestaltung ist es dem Arbeitnehmer zu ermöglichen, einen Teil seines Jahresurlaubs (maximal 25 %) unbegrenzt anzusparen und so für eine längere Unterbrechung des Arbeitslebens zu verwenden.

3. Lebensarbeitszeit

Berufseinstieg:

Jedem Schulabsolventen muss ausreichend Gelegenheit geboten werden, eine berufliche Ausbildung aufzunehmen. Wer keine Berufsausbildung findet, soll in der Berufsschule (im Zusammenwirken mit Lehrwerkstätten) die Möglichkeit haben, eine vollzeitliche Berufsausbildung abzuschließen.

Unterbrechung der Berufstätigkeit:

Anstelle des auf einen Elternteil beschränkten Erziehungsurlaubs soll beiden Eltern unter Verbesserung des Familienlastenausgleichs der Anspruch auf Teilzeitarbeit von der Geburt eines jeden Kindes eingeräumt werden, so dass die Eltern zwischen Erziehungsurlaub und Teilzeit wählen können.

Eintritt in das Rentenalter:

Ein noch früheres Herausdrängen von Älteren aus dem Arbeitsprozess als heute schon der Fall ist generell nicht vertretbar, und zwar aus Rücksicht auf die Senioren selbst und im Hinblick auf die jetzt schon maroden Rentenfinanzen. Der Übergang von der Rente muss gleitend erfolgen können, z. B. durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

4. Überstunden und Mehrfachtätigkeit

Überstunden:

Überstunden sind grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen. Bezahlte Überstunden sind nur noch in geringem Maß und nur ausnahmsweise zuzulassen.

Mehrfachtätigkeiten:

Mehrfachtätigkeiten sind für Vollzeitarbeitnehmer grundsätzlich nicht mehr zulässig. Wer als Selbständiger ein hinreichendes Einkommen erzielt, soll grundsätzlich nicht zugleich als Arbeitnehmer tätig sein dürfen.

Die Erwerbstätigkeit von Rentnern und Pensionären ist zu beschränken.

Für Teilzeitarbeitnehmer darf die gesamte Arbeitszeit ihrer Mehrfachtätigkeit die einer Vollzeittätigkeit um nicht mehr als 20% übersteigen.

IV. Steigerung des Angebots an Arbeitsplätzen

1. Arbeitslosigkeit und Staatsaufgaben

Während Millionen arbeitsfähiger Menschen als arbeitslos gelten, bleiben auf der anderen Seite öffentliche Aufgaben in immer größerem Maß unerledigt. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb die bessere Erfüllung öffentlicher Aufgaben, selbst um den Preis höherer Staatsaufgaben. Es ist besser, Menschen für gesellschaftlich nützliche Arbeit z. B. im Umweltschutz und im sozialen Bereich, zu bezahlen, als Gelder für das Fernbleiben von Arbeit zu verschwenden.

2. Vermögenspolitik

Eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen, beispielsweise durch steuerliche Mittel, ist zugleich ein Beitrag für mehr Beschäftigung, weil dadurch die Konsumneigung von Angehörigen einkommensschwächerer Schichten gesteigert wird.

3. Zinspolitik

Durch eine Politik niedriger Zinsen ist die private Investition und die Neugründung selbständiger Existenzen zu erleichtern.
Vermögenstransfer ins Ausland muss durch EU - Recht uninteressant gestaltet werden.

V. Arbeitsqualität

1. Mitbestimmung

Die Mitbestimmungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers und seiner Vertreter sind auszubauen.

Die ***Liberalen Demokraten*** bekennen sich zur Teilhabe der Arbeitnehmer an Unternehmen einschließlich der Gewinn- und Vermögensbeteiligung, z. B. in Form von Aktien.

Der Betriebsrat muss künftig auch über Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren mitbestimmen können. Mitarbeitern ist bei der Besetzung des Postens ihrer direkten Vorgesetzten Mitbestimmung einzuräumen.

2. Flexibilisierung der Arbeitszeit

Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit ist wünschenswert. Dies gilt gleichermaßen für die Tages- und Wochen- und die Jahresarbeitszeit. Es muss aber Grenzen geben für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.

VI. Umsetzung der Arbeitspolitik in der Praxis

1. Instrumentarium

Als staatliche Handlungsform kommen Gebote, Verbote, Anreize und Leistungen in Betracht.

Einige Einflussfelder der Arbeitspolitik sind dem staatlichen Einfluss allerdings weitgehend entzogen, wie z. B. die Tarifhoheit der Sozialpartner, die Marktstrategien der Unternehmen,

die technische Entwicklung, die Verbesserung der Produktivität, das internationale Lohngefälle, sowie der Wertewandel in der Gesellschaft.

Bei anderen Einflussgebieten sind Dispositions- und Handlungsfelder des Staates relativ groß. Hierunter fallen:

- Ordnungs- und Schutzmaßnahmen im Arbeitsrecht
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Bildungsziele und -wege, Anerkennung von Bildungsabschlüssen,
- Steuerung des Arbeitsbedarfs durch öffentliche Aufträge
- Steuerliche Regelungen
- Regulierung der Verteilung der Arbeit, z. B. Einschränkung von Überstunden
- Materielle Anerkennung von nichtbezahlter Arbeit, z. B. in der Rentenversicherung
- Verhinderung untertariflicher Beschäftigung, besonders ausländischer Billigarbeiter.

Das staatliche Instrumentarium für die Arbeitspolitik ist also in weiten Zügen bereits vorhanden. Jedoch müssen zur Verwirklichung dieser Politik erhebliche und damit auch konfliktbeladene Eingriffe in diese verkrusteten Strukturen durchgeführt werden.

2. Finanzierung

Das hier vorgeschlagene Konzept verursacht vor allem Kosten in zwei Punkten: Bei der Rentenversicherung durch geringere Beiträge in Folge verkürzter Arbeitszeit und bei den Staatsausgaben wegen zusätzlicher Aufgabenzuweisung.

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit besteht die Möglichkeit mehr Arbeitnehmer einzustellen.

Dadurch verbessert das hier vorgeschlagene Konzept auch die Relation Einzahler / Zahlungsempfänger in der Rentenversicherung. Ebenso dürfte sich eine steigende Erwerbsquote positiv auf die Steuereinnahmen auswirken.

Zur Deckung eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs können Mittel in den öffentlichen Haushalten gewonnen werden:

- Abbau von Subventionen einschließlich der Sparförderung
- Abbau der Rüstungsausgaben
- Finanzielle Beteiligung des öffentlichen Dienstes (Beamte)
- Steuerliche Änderungen
- Vermeidung von Verschwendung in der öffentlichen Verwaltung und Planung, z. B. durch Ausstattung der Rechnungshöfe mit Exekutivbefugnissen.

3. Flankierung und Wechselwirkung der Arbeitspolitik

Wirtschaft:

Die Bundesrepublik Deutschland ist in europäische und weltwirtschaftliche Verflechtungen eingebunden und muss ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit behaupten. Dabei kann der europäische Binnenmarkt als Aktionsfeld und Grenzmarke gelten.

Allerdings könne und dürfen die Prinzipien des Marktes und des Wettbewerbs nicht in reiner Form wirken. Einerseits haben sich Zusammenballung wirtschaftlicher Macht ergeben, die der

öffentlichen Kontrolle entzogen sind, andererseits besteht aus guten Gründen eine gemischte Wirtschaftsverfassung („soziale Marktwirtschaft“), die erst in der Summe den gesellschaftlichen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen deckt.

Steuern:

Die Grundsätze der Steuerpolitik der ***Liberalen Demokraten*** sind:

- Drastische Vereinfachung des Steuerrechts
- So viel direkte und so wenig indirekte Steuern wie möglich, weil direkte Steuern sich an der Leistungsfähigkeit orientieren, indirekte aber nicht.
- Es muss dafür gesorgt werden, dass vor allem die Bezieher höherer Einkommen ihre Steuern auch wirklich zahlen. Steuerlich absetzbare Beträge sind auf die wirklichen Kosten zu beschränken.
- Millioneneinkommen und Milliardenvermögen sind stärker zu belasten, um übermäßiger wirtschaftlicher Konzentration entgegenzuwirken.
  Einer Steuerflucht ist vorzubeugen.
- Die indirekte Besteuerung muss die sozialen Kosten der Produktion ausdrücken. Nicht Wertschöpfung soll Grundlage der Steuer sein (Mehrwertsteuer), sondern der Verbrauch an Energie und nicht erneuerbaren Rohstoffen sowie die Umweltbelastung.

Wechselwirkungen mit anderen Bereichen der Politik:

- Bildungs- und Jugendpolitik
- Familien- und Altenpolitik
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Probleme der Freizeit
- Umwelt- und Energiepolitik
- Wirtschaftspolitik